

An Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

An Herrn Staatsminister Albert Füracker
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat
Odeonsplatz 4
80539 München

An Herrn Staatsminister Christian Bernreiter
Bayerisches Staatsministerium für Wohnen,
Bau und Verkehr
Franz-Josef-Strauß-Ring 4
80539 München

München, 20. Juni 2024

Offener Brief an Ministerpräsident Söder, Staatsminister Füracker und Staatsminister Bernreiter Unterstützung für die Betroffenen der Insolvenz der MARO Genossenschaft

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,
sehr geehrter Herr Minister Füracker,
sehr geehrter Herr Minister Bernreiter,

wir wenden uns nochmals an Sie bezüglich der wirtschaftlichen Schieflage der MARO Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG.

Seit dem 28. Mai 2024 befindet sich die MARO Genossenschaft im Regelinsolvenzverfahren. Es ist leider davon auszugehen, dass die Genossenschaftsmitglieder ihre Anzahlungen, Genossenschafts- und Wohnungspflichteinlagen verlieren werden. Es geht hierbei um Beträge, die, je nach Wohnungsgröße, bis in den höheren fünfstelligen Bereich liegen. Viele Bewohnerinnen und Bewohner haben dieses Geld mühsam erspart und im guten Glauben an ein sicheres und bezahlbares Zuhause in die MARO Wohnungsgenossenschaft investiert. Andere wiederum haben Kredite aufgenommen, um ihre Pflichtanteile zu finanzieren.

Der Verlust ihrer Einlagen und womöglich auch ihrer Wohnungen bedroht hunderte Genossenschaftsmitglieder existentiell. Aufgrund der Zusammensetzung der Genossenschaftsmitglieder

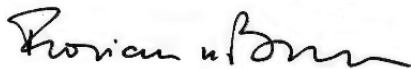
Adrian Vilzmann | Persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden
adrian.vilzmann@bayernspd-landtag.de | Tel.: 089 4126 2134

der MARO sind größtenteils besonders sensible Personengruppen betroffen: Menschen mit niedrigem Einkommen, Familien mit kleinen Kindern, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren sowie Pflegebedürftige. Diese Menschen können sich kaum anderweitig auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt versorgen, zumal nach dem Verlust ihrer Ersparnisse. Den Bewohnerinnen und Bewohner der Demenz-Wohngemeinschaften droht zudem der Wegfall der bisher von der MARO übernommenen Aufgaben bei der Organisation der Pflegedienste, was den Demenz-Erkrankten überhaupt erst ermöglicht, trotz ihrer Erkrankung weitgehend selbstbestimmt zu leben. Durch die Betroffenheit gerade auch vieler Pflegebedürftiger und älterer Menschen, die aufgrund des drohenden Verlusts ihrer Ersparnisse und ihrer Wohnung existentiell gefährdet sind, hat die Angelegenheit eine besondere soziale Dimension und Dringlichkeit.

Auf unser Schreiben vom 21. Mai 2024 haben Sie uns geantwortet, dass auch Sie die Angelegenheit als dringlich ansehen. Dafür möchten wir Ihnen danken. Mit Blick auf die inzwischen vergangenen Wochen sowie die besondere soziale Bedeutung dieser Situation möchten wir fragen, welche konkreten Schritte die Staatsregierung bzw. die zuständigen Ministerien in den letzten Wochen unternommen haben, um die Situation für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner abzumildern. Welche Lösungswege dieses – insbesondere sozialen – Problems verfolgt die Staatsregierung? Welche konkreten Schritte und Maßnahmen plant sie diesbezüglich in der näheren Zukunft? Wurde ein Engagement der BayernHeim geprüft und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Vielen Dank für Ihr Engagement für die Betroffenen der Insolvenz der MARO Genossenschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Florian von Brunn, MdL
Fraktionsvorsitzender



Sabine Gross, MdL
Sprecherin für Wohnen, Bau und Verkehr